

Albrecht von Lucke

Zuspitzung und Integration

Wie die SPD die Führung in der Opposition erringen kann

Nach dem Wahldebakel steht die SPD vor einer doppelten Herausforderung: Sie muss sich als Führungskraft in der neuen Dreieropposition bewähren und wieder zu einer Volkspartei werden. Die Chance, neue Kontur und neue Mehrheiten zu gewinnen, besteht – trotz schwieriger Ausgangslage.

Wenn die SPD auf ihrem kommenden Parteitag in Dresden den 50. Jahrestag des Godesberger Programms begeht, wird ihr kaum zum Feiern zumute sein. Tatsächlich hat sie am 27. September 2009 den erst durch »Godesberg« errungenen Status einer Volkspartei auf vorerst unabsehbare Zeit verloren – wenn man darunter die Fähigkeit zur Bildung einer Zweier-Koalition aus einer großen Sammlungs- und einer kleineren Klientelpartei versteht, was die Volksparteien der alten Bonner Bundesrepublik in funktionaler Weise gerade auszeichnete – und was der Union soeben erneut, und von vielen unerwartet, gelang.

Der 27. September wird in einer zukünftigen Chronik der deutschen Sozialdemokratie ein tiefschwarzes Datum sein. Mit 23 % der Stimmen ist die SPD nur noch ein Schatten ihrer selbst. Vieles wird noch zu klären sein, etwa wie es der SPD gelingen konnte, trotz ihrer ja keineswegs schwachen MinisterInnen – und wie stark sie waren, sehen wir bereits daran, wie die Minister-Riege der FDP beschaffen ist – derart einzubrechen. Schlimmer hätte es jedenfalls kaum kommen können. Und doch will man sich gar nicht vorstellen, wo die SPD gelandet wäre, wenn nicht Frank-Walter Steinmeier im TV-Duell überzeugender aufgetreten wäre als die Kanzlerin und die beiden CDU-Niederlagen bei den Landtagswahlen in Thüringen und im Saarland nicht zumindest etwas Wind in die eigenen Segel beschert hätten.

Das bereits zeigt: Der Fall der SPD ist nicht notwendigerweise bereits abgeschlos-



Albrecht von Lucke

(* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Zuletzt im Wagenbach Verlag erschienen: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin: 1949-1989-2009.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de

sen. Im Gegenteil: Das kommende Jahrzehnt dürfte über die Zukunft der deutschen Sozialdemokratie entscheiden. Die Aufgabe ist eine doppelte: Erstens muss sich die Partei als Führungskraft in der neuen Dreieropposition bewähren und zweitens muss sie wieder zu einer Volkspartei werden. Beides hängt miteinander zusammen, das Zweite geht nicht ohne das Erste. Denn schon heute steht fest: Gelingt es der Sozialdemokratie nicht, in der Opposition die Führung zu übernehmen, wird es auf Dauer auch keine linke Volkspartei und Regierungsalternative geben.

Duell oder Koalition – in der Opposition

Zum ersten Punkt: der Führungsfrage in der neuen Dreieropposition. Gewiss, noch ist die SPD so stark wie Linke und Grüne zusammen. Daraus erwächst aber nicht zwangsläufig ein Führungsanspruch links der Mitte. Dafür muss die SPD überhaupt erst eine linke Opposition nach innen konsolidieren.

Die Voraussetzungen dafür sind jedoch für die nächste Legislaturperiode alles andere als günstig. Zwar ist das vielbeschwo-rene Bild der »Koalition in der Opposition« aus drei potenziell linken Parteien verführerisch, aber auch höchst trügerisch. Das Hauptproblem für die SPD: Das Gelingen dieser Koalition steht nicht allein im Ermessen der Sozialdemokratie, sondern sie ist in großem Maße vom Wohlverhalten von Linkspartei und Grünen abhängig, wie bereits die Situation im Saarland beweist.

Entscheidend wird zunächst der Umgang der beiden linken Parteien miteinander sein. Es ist deshalb endlich an der Zeit, das letzte Jahrzehnt offen und selbstkritisch aufzuarbeiten, in dem die SPD immerhin die Hälfte ihrer Wählerstimmen verloren hat. Angesichts der starken Verluste an Mitgliedern und Wählern an die »Linke« bedarf es zukünftig (auch) einer stärker linken Strategie. Daraus resultiert auch ein anderer Umgang mit der Linkspartei. Wenn es wirklich zu einer Koalition in der Opposition kommen soll, muss die

bisherige Tabuisierung einer Koalition mit der Linkspartei auf Bundesebene sobald als möglich fallen. Schon um glaubhaft die Führungsrolle für das linke Lager zu reklamieren, wird es auch darauf ankommen, eigene Fehler einzugestehen, sowohl bei der Agenda 2010, als auch bei der Rente mit 67. Hier wird auch Frank-Walter Steinmeier beim kommenden Parteitag über seinen Schatten springen müssen, ohne dass er – oder die Partei – sich deshalb von den vergangenen elf Jahren sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung in Gänze verabschieden dürfte.

Der Kampf um die Mitte

Fatal nämlich wäre ein bloßer Hahnenkampf, ein Hauen und Stechen von SPD und Linkspartei um die Meinungsführerschaft in der Opposition und die populärste linke Forderung. Denn nicht zuletzt muss sich die SPD nach rechts anschlussfähig halten, für die in großer Zahl verloren

gegangenen sogenannten »bürgerlichen« Wähler. Gibt die SPD jetzt leichtfertig die Mitte auf, wird sie auf Dauer in der habituell und strukturell konservativen Republik von der Regierungsverantwortung ausgeschlossen bleiben.

Beide Parteien, Linkspartei und SPD, werden zu begreifen haben: Der Hauptgegner, das haben die Wahlen bewiesen, ist nicht die jeweilige andere Linke. Der Hauptgegner sind CDU und FDP. Offenbar ist die SPD jedoch nicht vor weiteren Fehlern gefeit, wie bereits der Umgang mit der Linkspartei in Thüringen belegt.

Viel schwerer wird eine derartige Zusammenarbeit auf Bundesebene jedoch der Linkspartei fallen. Bisher ist sie in erster Linie eine Anti-SPD-Partei. Innerhalb der gestärkten Linkspartei ist die Führungsfrage bisher nicht geklärt. Dabei muss von ihr erwartet werden, dass sie sich den Herausforderungen nationaler Regierungsrealität stellt, die da lauten: Klärung des Verhältnisses zur EU wie zur UNO (auch in der Frage der Forderung nach »sofortigem« Abzug aus Afghanistan).

Bewegt sich die Linkspartei hier nicht, wird ihr Wahlerfolg selbst zu einem Problem für die Demokratie: 12 % der Wählerschaft dauerhaft einer Regierungsbeteiligung zu entziehen, bedeutet, schwarz-gelb oder auch schwarz-(gelb)-grüne Mehrheiten auf Dauer zu stellen.

Die Entscheidung darüber, ob die SPD in die Nähe einer eigenen Mehrheit gelangt, dürfte bis zur Hälfte der nächsten Legislaturperiode fallen – also bis Mitte/Ende 2011. Dann wird Schwarz-Gelb die größten Auswirkungen der Krise bewältigt haben – oder gerade nicht. Dann wird man sehen, ob die Kanzlerin gestärkt aus der Krisenfolgenbewältigung hervorgeht – oder nicht.

Bis dahin muss sich auch zeigen, ob die Linkspartei tatsächlich in der potenziellen Regierungsrealität angekommen ist. Eine ganz entscheidende Rolle dürfte dabei Oskar Lafontaine zukommen. Hier muss sich

erweisen, ob er mehr ist als der »Parteienfrikassierer« der SPD (Franz Müntefering) und tatsächlich über eine Vision der Kooperation, ja vielleicht sogar der späteren Zusammenführung von SPD und Linkspartei verfügt. Viel spricht derzeit dagegen: Bisher jedenfalls verfügt die »Linke« noch nicht einmal über ein eigenes Parteiprogramm. Bei seiner Erarbeitung dürfte es zu erbitterten Kämpfen zwischen (vornehmlich westlichen) Sektierern und (östlichen) Pragmatikern kommen. Lafontaine dürfte der Einzige sein, der die zentrifugalen Kräfte in der gespaltenen Bundespartei zusammenführen kann. Ob ihm dies als Parteivorsitzender von der fernen Saar aus gelingen kann – und ob er dies überhaupt anstrebt –, ist allerdings mehr als zweifelhaft.

Die Grünen – das Zünglein an der Waage

Die SPD steht also vor zwei Jahren, die über ihre nähere Zukunft entscheiden. Hier in der Tat trifft der derzeit häufig zu hörende Rückgriff auf die Weimarer Republik: Sie werden beweisen, ob sich die beiden Linksparteien gemeinsam stark machen – oder sich gemeinsam schädigen. Davon, wie sich SPD und Linke zueinander stellen, wird ungemein viel abhängen – nicht zuletzt die Frage, wohin sich die Grünen orientieren.

Denn natürlich können die Grünen nicht einfach dem »linken Lager« zugeschlagen werden. Im Gegenteil: In dem Maße, in dem sich SPD und Linkspartei als uneinig erweisen, werden sich die »bürgerlichen« Kräfte innerhalb der Grünen verstärken, sprich: die in erster Linie machtbewussten Fliehkräfte hin zur Union. Die Grünen werden alles dafür tun, nicht in den Sumpf der innerlinken Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden, sondern eine eigenständige Position in der Mitte des Parteienspektrums entwickeln, um auf diese Weise gegen die FDP als Machtalternative um die Gunst der Union zu ringen.

Faktisch sind die Grünen das Zünglein an der Waage im neuen Fünf-Parteien-System. Es kommt darauf an, in welche Richtung sie tendieren – ob, zwecks Lösung aus der babylonischen Gefangenschaft der SPD, in Richtung bürgerliche Mitte mit multiplen Koalitionsoptionen oder in Richtung einer modernen Linken. Heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Partei sind jedenfalls vorprogrammiert.

Die Ironie der Geschichte: Die alte babylonische Gefangenschaft hat sich heute zu Lasten der SPD gedreht: Heute hängt die SPD von der Bereitschaft der Grünen ab, sich einem linken Lager zugehörig zu fühlen.

Alles in allem also keine guten Aussichten für eine linke Renaissance. Und dennoch besteht die Chance, in der Opposition neue Kontur und neue Mehrheiten zu gewinnen. Dafür bedarf es sowohl der Arbeit der Zuspitzung als auch der Arbeit der Integration. Bei aller Notwendigkeit, ein neues scharfes Profil und eine regierungsfähige Alternative zu entwickeln, darf die SPD auf keinen Fall den Anspruch auf-

geben, Volkspartei und damit potenzielle Partei aller Bürger zu sein. Bereits jetzt ist ganz klar zu erkennen, dass man in der schwarz-gelben Koalition auf die angeblich »bürgerliche« Karte setzt, um die SPD auf Dauer von der Mitte und der mit ihr zusammenhängenden Gestaltung der Regierungspolitik auszuschließen.

Dem gilt es mit Herbert Wehner entgegenzuhalten: »Wir sind alle Bürger dieser Bundesrepublik; die [gemeint war die Union] muss schon einen besonderen Begriff von Bürgerlichkeit konstruieren, um uns auszuschließen.« Sollte es den C-Parteien in den nächsten Jahren jedoch tatsächlich gelingen, die SPD aus der Mitte des Parteienspektrums zu verdrängen, würde es die Sozialdemokratie in die Zeit vor Godesberg zurückwerfen und erneut zu einer Klientelpartei der Marginalisierten machen. Dann dürfte sich die deutsche Sozialdemokratie wohl auf lange Zeit von der Regierungsmacht verabschieden. Auch der 150. Jahrestag ihres Bestehens – just im nächsten Wahljahr 2013 – würde dann alles andere als ein Freudentag werden.

Michael Brie

Linke Mehrheiten gibt es nicht – sie müssen geschaffen werden!

Die Vorherrschaft der Konservativen in Deutschland ist durch keine strukturellen Mehrheiten in der Gesellschaft gedeckt, sondern eher durch das Fehlen eines linken Projekts und die Spaltung der Linken selbst verursacht. Die gemeinsame Arbeit an einer linken Hegemonie ist zweifelsohne ein Experiment – aber ein lohnenswertes.

Michael Brie

(* 1954) ist Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes und Leiter des Bereiches Politikanalyse bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

brie@rosalux.de



Fast 20 Jahre brauchte die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg, um in der Bundesrepublik ein politisches Projekt aufzubauen, das zugleich hegemoniefähig und politisch durchsetzbar war. »Mehr Demokratie wagen!« nach innen mit einem Ausbau der Mitbestimmung und umfassenden Reformen auf den Gebieten von Bildung,